

Netzwerkforum

Berichte – Informationen – Debatte

Oktober 2025

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

nun bin ich fast ein halbes Jahr als Referentin im Netzwerk tätig. Es waren intensive Monate, in denen ich viel Neues gelernt habe und viele von Euch und Ihnen kennenlernen durfte. Während für mich im „NetzWerkRaum“ nun der Alltag einkehrt, stehen die Zeichen im Netzwerk weiterhin auf Wandel. Ende des Monats wird auf der 21. Mitgliederversammlung ein neuer Vorstand gewählt. Horst Dralle und Tom Seibert werden nach über 10 Jahren im Vorstand nicht mehr kandidierten. Beiden möchte ich, an dieser Stelle, für das langjährige und intensive Engagement im Vorstand danken.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

Herzlichen Gruß

Karolin Quambusch (Netzwerkreferentin)

Der Inhalt

Das Massaker in Lehrte-Ahlten am 9. April 1945 – neue Erkenntnisse zu einem verdrängten Kriegsendphasenverbrechen <i>von Heiko Arndt</i>	<i>Seite 3</i>
Eine politische Brandmauer gegen Vielfalt und demokratische Kultur <i>von Ingo Arlt</i>	<i>Seite 7</i>
Der russische Imperialismus: Geschichte und Gegenwart <i>von Peter Schyga</i>	<i>Seite 9</i>
„Nice to have – Menschenrechte“ Eine Empfehlung! <i>von Manfred Wassmann</i>	<i>Seite 14</i>
Das „Rothschild & Rose Forum“ in Gailhof (Wedemark) <i>von Karolin Quambusch</i>	<i>Seite 15</i>
Traditionelle Gedenkstättenfahrradtour <i>von Karolin Quambusch</i>	<i>Seite 17</i>
Mit dem Förderverein der Gedenkstätte Ahlem auf den Spuren jüdischer Hannoveraner*innen in Riga. Eine Reise mit langer Vorgeschichte und intensiven Nachwirkungen <i>von Anke Biedenkapp</i>	<i>Seite 22</i>
Kritischer Blick auf das Franquistisches Spanien <i>von Anke Biedenkapp</i>	<i>Seite 26</i>
Impressum	<i>Seite 27</i>

Das Massaker in Lehrte-Ahlten am 9. April 1945 – neue Erkenntnisse zu einem verdrängten Kriegsendphasenverbrechen

von Heiko Arndt

I. Kriegsendphasenverbrechen

Im Untergang des Regimes – in den Wochen und Monaten vor dem Kriegsende – griff der nationalsozialistische Terror auch an der „Heimatfront“ noch einmal massiv um sich. Das Massaker auf dem Seelhorster Friedhof und die „Celler Hasenjagd“ sind in Hannover und in der weiteren Umgebung wohl die bekanntesten Beispiele dafür. Überregional bekannt ist insbesondere das Massaker an über 1.000 Menschen auf einem Räumungstransport aus verschiedenen Lagern heraus in Gardelegen (Sachsen-Anhalt), neuerdings wurde auch das dreitägige Massaker im Arnsberger Wald außerordentlich intensiv erforscht.¹ Bei den Opfern dieser genannten Massenmorde handelte es sich typisch um Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Darüber hinaus richtete sich der Terror gegen wirkliche und eingebildete Feinde, gegen kritische Stimmen, Deserteure, gegen Menschen, die das Kämpfen und die Parolen leid waren. Die Bandbreite der Täter durchzog die ganze Gesellschaft, beschränkte sich keineswegs auf SS, Gestapo, Wehrmacht, Polizei; unscheinbare Gruppen mutierten zu Mordeinheiten, normale Bürger machten sich aus freien Stücken zu Komplizen.

Auch in der Region Hannover findet man Spuren solcher Verbrechen. Doch nur vereinzelt wird daran erinnert – so in Burgwedel, wo regelmäßig Gedenkveranstaltungen zur Erschießung von KZ-Häftlingen im April 1945 stattfinden. Sie gehörten zu einem Transport, der in das Lager Bergen-Belsen führen sollte. Allgemein traf der Terror häufig Einzelne oder kleine Gruppen, für die sich nach dem Krieg niemand interessierte, gerade wenn es um Osteuropäer ging. Unzählige „unbekannte Russen“ liegen so auf den Friedhöfen.

¹ Zu den hier aufgeführten Beispielen vgl. Obenaus, Herbert: Die Erschießungen auf dem Seelhorster Friedhof von Hannover am 6. April 1945. In: Hannoversche Geschichtsblätter 59 (2005), Beiheft 3. S. 5–55; Strebel, Bernhard: Celle April 1945 revisited. Ein amerikanischer Bombenangriff, deutsche Massaker an KZ-Häftlingen und ein britisches Gerichtsverfahren. Bielefeld 2. Aufl. 2013; Gring, Diana: Das Massaker von Gardelegen. In: Dachauer Hefte (2004), 20. S. 112–126; Weidner, Marcus: Die Toten von Meschede. Ein Kriegsendphaseverbrechen im März 1945: Rekonstruktion, Strafverfolgung, Erinnerungskultur. Paderborn 2025. Für den breiteren Überblick vgl. Arendes, Cord/Wolfrum, Edgar/Zedler, Jörg (Hrsg.): Terror nach Innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Göttingen 2006; Blatman, Daniel: Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords. Reinbek 2011; Kershaw, Ian: Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45. München 2013; Keller, Sven: Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45. München 2013; Wagner, Jens-Christian (Hrsg.): 70 Tage Gewalt, Mord, Befreiung. Das Kriegsende 1945 in Niedersachsen. Göttingen 2015.

II. Der Fall Ahlten

Ein besonderer Fall ist der Ortsteil Ahlten in Lehrte. Denn hier kam es zu einem vergleichsweise größeren Massaker, das – im Sinne der Täter – ziemlich „erfolgreich“ verdrängt wurde, nie die Polizei oder Justiz sonderlich beschäftigte, nie ein Thema in der Forschungsliteratur war. (Und über die Heimatgeschichtsliteratur der Laien schweigt man hier besser)

Was war geschehen? Am 9. April 1945 erschoss eine an der Flak nahe bei Ahlten eingesetzte Einheit des Reichsarbeitsdienstes allem Anschein nach 16 ausländische Arbeitskräfte unterschiedlicher Nationalität. Begonnen hatte das Massaker mit einer Auseinandersetzung zwischen Angehörigen der Wehrmacht auf der Brücke beim Bahnhof Ahlten, als ein Feldwebel die dort zur Beobachtung postierten Soldaten wegen ihres Alkoholkonsums rügte. Kurz zuvor hatten sich Männer von der Wehrmacht und vom Reichsarbeitsdienst, aber auch Ortseinwohner und Ausländer Seite an Seite alkoholische Getränke aus dem freigegebenen Versorgungslager in Ummeln südlich von Sehnde beschafft. Am selben Tag kosteten die Insassen des Ahltener Reichsbahnlagers Ida, Zwangsarbeiter, den Vorgeschmack von Freiheit, nachdem sich die Lagerführung wegen der vorrückenden Amerikaner zurückgezogen hatte. Wie es aussieht, wirkte der Alkohol enthemmend auf beiden Seiten. So wurde ein zweiter deutscher Soldat auf der Brücke beim Ahltener Bahnhof bei einem Handgemenge mit einem Sowjetbürger erschossen.



Abb. 1: Kurz nach der Befreiung 1945 - frühere Zwangsarbeiter vor dem DP-Camp Roosevelt, zuvor Reichsbahnlager Ida, Ahlten; Foto: Sammlung Fabien Knoll.

Ungefähr zu dieser Zeit, vielleicht etwas später, zogen ausländische Arbeitskräfte von Hannover-Misburg, wo sie bei einem Luftangriff Deckung in einem Tunnel gesucht hatten, in östlicher Richtung auf Ahlten zu. In dieser Situation trat der Reichsarbeitsdienst unter der Führung eines extrem rabiaten Feldmeisters auf den Plan. Er verwandelte Ahlten und die Umgebung willkürlich in ein Schlachtfeld. Der Reichsarbeitsdienst trieb die umher-laufenden Ausländer zusammen und ins Dorf, erschoss alle, die auf Haltruf nicht stehenblieben. Überliefert sind Kopfschüsse und andere mit stets fataler Wirkung, nicht

aber Schüsse in die Beine oder Füße. Mit anderen Worten: Die Schüsse sollten nicht am Gehen hindern, sondern töten. Ahltener Zeugen, die das am helllichten Tag direkt im Ort oder in der Nähe beobachteten, sprachen später vom „Umlegen“. Man wusste Bescheid im Dorf. Es war ein Verbrechen an wehrlosen, unbewaffneten, teilweise wohl angetrunkenen Menschen.

Die einschlägigen Dokumente in den Archiven, die das belegen, entstanden nicht etwa, weil sich irgendjemand an diesem Massaker störte und weil das deshalb untersucht worden wäre. Vielmehr ermittelten Polizei und Justiz zum Tod des Ahltener Polizisten Gustav Lages, der am 12. April 1945 von den gerade einmarschierten Amerikanern exekutiert worden war.

Ein Einwohner hatte ihn aus persönlichem Hass bei den Amerikanern denunziert, als vermeintlichen Täter bei dem vorausgegangenen Massaker – und dies ganz haltlos, wie sich dann bei den Ermittlungen seit 1949 herausstellen sollte. Der Denunziant Wilhelm Trautmann, wegen seiner Tat als „Judas von Ahlten“ berüchtigt, interessiert dann in hohem Maße die Öffentlichkeit, namentlich in den Medien, selbst im „Spiegel“ und in der „Zeit“. Am Ende verurteilte ihn das Schwurgericht Hildesheim zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe, während man die amerikanischen Schützen nicht mehr ausfindig machen konnte.

Mehr am Rande enthalten die betreffenden Justizakten Informationen zu dem Massaker an den Ausländern. Einmal mehr zeigte sich hier in aller Deutlichkeit, dass die Volksgemeinschaftsideologie das Kriegsende 1945 durchaus überdauerte. Es bedeutete einen Riesenunterschied, wer erschossen wurde: ein Deutscher oder – „nur“ – 16 Ausländer. Vor Ort hat man die Ereignisse dann jahrzehntelang zwar unter sich besprochen, aber an der Oberfläche verdrängt. Öffentlich gab es kein Massaker.

III. Das Forschungsprojekt zur Zwangsarbeit in Lehrte

Erst im Rahmen eines maßgeblich von der SPD initiierten und von der Stadt Lehrte in Auftrag gegebenen Forschungsprojektes zur Zwangsarbeit (2023 bis 2025) kamen die Dinge nun wieder ans Licht. Meine Rolle dabei war die des beauftragten und ausführenden Historikers. Die Ergebnisse des Projektes werden voraussichtlich in einigen Monaten in Buchform veröffentlicht, also auch zur Geschichte des Massakers vom 9. April 1945.² Zu gegebener Zeit soll hier im Netzwerkforum noch einmal auf das Buch hingewiesen werden.

Exemplarisch zeichnet sich bei alledem erneut ab, wie groß der Abstand zwischen der Großstadt und der Provinz ist, wenn es um den Umgang mit der NS-Zeit geht – und um den Kenntnisstand. Allein die Erforschung der Kriegsendphasenverbrechen im ländlichen Raum und die Erinnerung an die Opfer in den kleinen Orten verdienen gewiss eine andere Aufmerksamkeit als die, die ihr bisher zuteilwurde. Im Übrigen muss man als Forscher auf diesem Gebiet heutzutage tendenziell nicht mehr so starke Widerstände überwinden wie früher, wobei sich das örtlich und regional erheblich unterscheiden kann, gar nicht zu reden von den speziellen Verhältnissen in den AfD-Hochburgen. Für das Forschungsprojekt in Lehrte standen die Türen bei der Stadtverwaltung stets offen, viele Bürger erwiesen sich als interessiert und zugänglich.

Freilich lässt sich gleichzeitig auch hier die Verharmlosung der NS-Zeit im Gerede der Leute feststellen und die totale Unfähigkeit, Empathie für die verschleppten Ausländer aufzubringen; freilich werden auch hier solche Ansichten vertreten wie die, dass es Zwangsarbeiter „bei uns“ gar nicht gegeben hätte. Selektiv herausgegriffene Anekdoten sollen dann untermauern, wie gut die Ausländer behandelt wurden – von den Leiden und Verbrechen, vom Terror findet der Forscher allerdings umso mehr in den Archiven. Dagegen spiegelt sich solches die NS-Zeit verharmlosende Gerede auf der Ebene der institutionalisierten Politik

² In diesem Buch finden sich auch die Quellenangaben zum Massaker in Ahlten.

zumindest nach meiner Erfahrung nicht wider. So hat der Ortsrat in Ahlten jüngst einstimmig beschlossen, das Massaker vom 9. April 1945 öffentlich zu diskutieren und Ideen für einen Erinnerungsort zu entwickeln. Nicht nur auf Seiten der Politik versteht man das gerade in Zeiten des massiven Rechtsrucks bewusst auch als notwendige Arbeit an der liberalen Demokratie und an der Achtung der Menschenwürde.



Abb. 2: 11. April 2025 – eine von der SPD Lehrte organisierte Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den 80. Jahrestag der Befreiung am früheren Standort des Reichsbahnlagers Ida; Foto: Linda Svenja Hoffmann.

Eine politische Brandmauer gegen Vielfalt und demokratische Kultur

Von Ingo Arlt

Barsinghausen ist bunt e.V. ist seit einigen Jahren Mitglied im Netzwerk. Wir sind (noch nicht ganz) 100 Mitglieder, die sich gemeinsam für Werte wie Vielfalt und Demokratie engagieren: Mit Lesungen, Aktionen bei öffentlichen Veranstaltungen und dieses Jahr das erste Mal mit einer Fahrradgedenkfahrt entlang unserer Stolpersteine. Wir sind auch diejenigen in Barsinghausen, die Demos und Kundgebungen vor Ort organisieren, wenn die Demokratie von rechts angegriffen wird.

Hinweisen wollen wir aber auf eine Situation vor den Toren Leipzigs, in unserer Städtepartnerstadt Wurzen. Dort gibt es das Netzwerk für demokratische Kultur e.V (NDK), mit dem wir uns in Solidarität verbunden haben. Etwas ausgebremst zunächst durch die Pandemie, jetzt kontinuierlich seit 2023 besuchen wir uns einmal im Jahr mit einer Delegation und informieren uns ansonsten gegenseitig über die jeweils aktuelle Situation.

Das NDK organisiert Lesungen, Konzerte, Ausstellungen und andere Formate, mit denen insbesondere oft abhängige Bevölkerungsgruppen erreicht werden sollen. Das NDK hat vor über 20 Jahren entschieden, für eine größere Unabhängigkeit bei Raumfragen eigene Räumlichkeiten zu haben. Mit großem ehrenamtlichem Engagement, großem finanziellem Aufwand wurde ein sehr großes, aber auch sehr sanierungsbedürftiges Haus in direkter Nachbarschaft zum Dom gekauft. Anfang September waren auch wir eingeladen, nach 20 Jahren Bau- und Sanierungszeit, das überholte und nun auch mit Übernachtungsmöglichkeiten und Tagungsmöglichkeiten ausgestattete NDK-Haus als „fertig“ einzuweihen. (Werbeblock: Man kann das buchen!)

Bei unseren Besuchen in Wurzen haben wir viel über die Situation vor Ort erfahren: Die ständigen Angriffe gegen das Haus und angemietete Flächen, die Übergriffe gegen Migranten – teilweise mit progromartigen Massenjagden, dem vergifteten Klima in einer kleinen Stadt, in der zu über 40% AfD gewählt wird, in dem Rechtsextreme auf eine Demokratiekundgebung einen misslungenen Brandanschlag in 2024 verübt haben. Als wir das sehr nüchtern auf unserer Demokratiekundgebung im April 2024 berichteten, wurde es sehr leise auf dem Kundgebungsplatz.

Jetzt kommen die Attacken aus dem politischen Raum hinzu. Sachsen hat – das mag überraschen – aber notwendigerweise eine relativ große Förderlandschaft für solche Projekte. Neben den vielen ehrenamtlichen, kann man im NDK auf relativ viele Hauptamtliche (oft in Teilzeit) treffen, die im Rahmen der Förderung bestimmter Projekte, Landesmittel (oft als Zuschuss) bekommen. Im April hat der Stadtrat – dominiert von AfD und CDU – einen knapp 13.000 Euro Jahreszuschuss für das NDK gestrichen. Das NDK hat daraufhin Spenden gesammelt – auch aus Barsinghausen haben wir uns beteiligt – und dem Stadtrat die 13.000 Euro auf den Tisch legen wollen. Für das NDK geht es bei dieser Frage mehr als um die 13 großen Zettel: Sie sind der Eigenanteil um an Landesfördermittel in Höhe von

mindestens 70.000 Euro zu kommen. CDU und AfD (und noch so ein rechter Bürgerverein) haben die Annahme der Spende abgelehnt.

In Wurzen gibt es jetzt eine politische Brandmauer gegen Vielfalt und demokratische Kultur, im Gleichschritt angeführt von AfD und CDU. Es ist wichtig, dass wir darüber in Hannover (der Partnerstadt von Leipzig) berichten. Der Kampf unserer Freundinnen und Freunde in Wurzen muss auch unser Kampf sein.

Weiterführende Links:

Pressemitteilung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag [„CDU legt gemeinsam mit der AfD die Axt an das demokratische Engagement in Wurzen“](#) vom 10. September 2025

MDR Bericht [„Private Spenden können NDK retten“](#) vom 07. August 2025, 14:00 Uhr

[Website des Netzwerks für Demokratische Kultur](#) in Wurzen

Bericht in der Tagesschau [„Entscheidung des Wurzener Stadtrats gegen das Demokratie-Netzwerk sorgt für Kritik“](#) vom 11.09.2025 13:21 Uhr

Der russische Imperialismus: Geschichte und Gegenwart

Von Peter Schyga

Von drei Veranstaltungen soll hier berichtet werden: Über den imperialen Pakt der Sowjetunion mit Hitler am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, über die lange Geschichte von russischem Kolonialismus und Imperialismus und – im Lichte dieses historischen Hintergrunds – über Zustände und Perspektiven im Russland von heute. Die historische und gegenwärtige Lage im Osten Europas, insbesondere in der Ukraine, steht bei diesen Betrachtungen Pate.

Der Hitler-Stalin-Pakt

Am 20. August setzte sich Claudia Weber, Professorin für Europäische Zeitgeschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, mit dem so bezeichneten Hitler-Stalin-Pakt, der am 23. August 1939 besiegelt worden war, auseinander. Die Abgesandten der zwei brutalsten Diktatoren der damaligen Zeit unterzeichneten einen Nichtangriffsvertrag. Die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen, die seit der Zarenzeit eine lange Tradition hatten und auch nach der Russischen Revolution weiter



Abb. 1: Claudia Weber; © Heide Fest.

gediehen waren, sollten vertieft werden. Zwei ideologisch gegensätzliche Diktatoren schufen sich für eine historisch kurze Zeitspanne einen Raum zur imperialistischen Expansion. Denn Reichsaußenminister von Ribbentrop und der sowjetische Außenkommissar Molotow vereinbarten mit dem gleichzeitig vereinbarten Geheimen Zusatzprotokoll die gegenseitige Zusicherung, Mittel-Osteuropa jeweils ungestört zu unterwerfen. Das nationalsozialistische Deutschland – es hatte sich 1938 schon bei Duldung durch die Westmächte die Tschechoslowakei einverleibt – entfesselte mit dem Angriff auf Polen wenige Tage später am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg. Die Sowjetunion erfüllte ihren Teil des Protokolls am 17. September, indem es weite Gebiete des östlichen Polen annektierte und 1940 nachlegte: Im sowjetisch-finnischen Winterkrieg musste Finnland im März 1940 etwa ein Zehntel seines Staatsgebiets abtreten. Während das Deutsche Reich seit dem Frühjahr 1940 weite Teile Nord- und Westeuropas überfiel und besetzte, annektierte die Sowjetunion Estland, Lettland und Litauen. Sie wurden zu Sowjetrepubliken. Östliche Gebiete Rumäniens wurden annektiert und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik zugeschlagen, ein anderer Teil wurde zur neu geschaffenen Sozialistischen Sowjetrepublik Moldau umgeformt. Die Westgrenze der Sowjetunion verlief nun einschließlich Ostgaliziens entlang der nach dem Ersten Weltkrieg vom britischen Außenminister Curzon vorgeschlagenen Linie entlang

der Flüsse Bug und San. Damit war die im Friedensvertrag von Riga 1921 zwischen Polen und der Sowjetunion vereinbarte Grenzlinie obsolet. Später sicherten die Kriegsbündigten Stalin auf der Konferenz in Teheran 1943 diese Curzon-Linie als Nachkriegsgrenze zu.

Die imperialistischen Aktionen gingen mit kolonialisierenden Maßnahmen wie der Entfernung einheimischer Funktionsträger aus den Staats- und Sicherheitsorganen, der Unterdrückung von Sprache und Kultur, Vertreibungen und Massakern einher. Die Ermordung von 15.000 polnischen Offizieren und Teilen der intellektuellen Elite des Landes in Katyn steht synonym für die sowjetische Politik. Die Terror- und Unterdrückungsaktionen der Deutschen in Polen sind allgemein bekannt. Auf beiden Seiten der organisierte Um- und Ansiedlungsmaßnahmen sollten für einen „Bevölkerungsaustausch“ sorgen. Die Deutschen deportieren von 1939 bis 1941 rund 365.000 Polen und Juden ins Generalgouvernement. Die sowjetischen Behörden wiesen 350.000 Polen, Juden, Belarussen und Ukrainer nach Sibirien und Kasachstan aus. Der sowjetische Geheimdienst NKWD und die deutsche SS arbeiteten eng zusammen, um Flüchtlinge aus den jeweils besetzten Gebieten austauschend zurückzuführen. Diese Zusammenarbeit sei, so die Vortragende, noch nicht hinreichend erforscht. Sie wies dabei auf einen besonderen Zynismus der Geschichte hin: Ausgerechnet die Deportation vieler aus den deutschen Gebieten geflüchteter polnischer Juden bewahrte sie vor dem Holocaust, so sie denn die Strapazen des Transports und die widrigen Lebensumstände in den Ankunftslagern überlebt haben.

Mit dem Überfall NS-Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurde dieser Pakt natürlich hinfällig. Deutschland führte nun einen Vernichtungsfeldzug über Polen hinaus gegen die Völker der Sowjetunion. Wie die Deutschen in diesen „Bloodlands“ gewütet haben und auch welche Verbrechen unter UkrainerInnen und zwischen PolenInnen und UkrainerInnen im Zuge der deutschen Okkupation geschahen, ist bei uns nicht genug bekannt. Deshalb gelte es – dies wurde im anschließenden Gespräch mit dem zahlreich anwesenden und hoch interessierten Publikum noch einmal deutlich –, den erinnerungspolitischen Blick auf das Geschehen in diesen Regionen zu schärfen. Dieser Aufgabe stellt sich der *Arbeitskreis Ukraine-Solidarität*, der Claudia Weber zu ihrem Vortrag eingeladen hatte, nachdem er im Januar eine Exkursion zur Ausstellung „Riss durch Europa“ in Berlin organisiert hatte. So sei an dieser Stelle auf den umfangreichen Begleitband zu der Ausstellung hingewiesen, in der eine Reihe von Aufsätzen das Thema aus unterschiedlicher Perspektive bearbeiten: *Riss durch Europa*, Hg. Anke Hilbrenner u.a. Göttingen (Wallstein) 2024.

Russischer Imperialismus und Kolonialismus lautete das Thema einer Veranstaltung des ASTA der Uni Hannover am 4. September, organisiert vom studentischen Kollektiv *reclaim left*, mit *Anastasia Tikhomirova*. Sie ist eine russische Kulturwissenschaftlerin und Journalistin, die sich nicht nur mit Geschichte und Gegenwart Russlands auskennt und darüber vielerorts berichtet, sondern immer wieder einen kritischen Umgang mit hergebrachten, gerade unter sich links begreifenden Menschen verbreiteten, idealisierenden und verharmlosenden Bildern und Vorstellungen von Russland in seiner Geschichte und Gegenwart einfordert. Der *Arbeitskreis Ukraine Solidarität* hatte sie schon 2023 auf einer Podiumsdiskussion im Künstlerhaus in Hannover begrüßen können. Damals moderierte sie fach-

kundig und energisch, nun konnte sie ihr Wissen und ihre Standpunkte vor einer zahlreichen erschienenen Zuhörerschaft darlegen.

Ab dem 17. Jahrhundert verwandelte sich unter Peter dem Großen (1672-1725) das Moskauer Reich nach dem siegreichen Nordischen Krieg im Jahr 1721 zum Russischen Imperium. Moskau dehnte sich in gewalttätigen Aktionen nach Osten und Süden aus, kolonisierte die Völker und unterwarf sie der Moskauer Metropole. Anders als die transatlantische Kolonialpolitik der maritimen Imperien eroberte Moskau zusammenhängende Gebiete – es gab ja kein Meer zwischen Kolonie und „Mutterland“. Zudem betrachteten Moskau und St. Petersburg diese Gebiete des wachsenden russländischen Reichs als Erweiterung der Metropole. Der eroberte Raum sollte zu einem integralen Bestandteil der politischen Gemeinschaft gemacht werden, dauerhaft besiedelt durch Russen. Katharina die Große (1729-1796) gilt als Schöpferin dieses Großen Russländischen Reichs. Die Macht war in Moskau oder St. Petersburg zentralisiert. Russland war ein dynastisches Staatswesen, die Einwohner gleich welcher Ethnie untertan. Russland hatte sich zu einem Imperium entwickelt, ohne eine Nation zu werden. Und das blieb es – auch nach der Revolution. Gerd Koenen schrieb von einem „sich selbst kolonisierenden Imperium“. Zwar priesen die Bolschewiki noch unter Lenin das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, zwar war die Sowjetunion ein Zusammenschluss von nominell eigenständigen Sowjetrepubliken, doch über die dortige Regierungsgewalt der kommunistischen Parteien war die Herrschaft über das Russländische Reich weiter in Moskau zentriert. Das Politbüro der KPDSU entschied über Wohl und Wehe der Völker. Dabei bediente es sich einer doppelten ideologischen Legitimation: Politisch betonte es die führende Rolle der Arbeiterklasse und Bauern, manifestiert in der kommunistischen Partei, und auf kulturellem Gebiet setzte sie auf eine mythologische Geschichtserzählung vom tausendjährigen Kyjewer Rus, mit der die Vorherrschaft der Russen über die anderen Völker und Nationen des Reichs historisch legitimiert sei.

Putin forcierte die Geschichtslegende, verschaffte der gleichgesinnten russisch-orthodoxen Kirche zunehmendem Einfluss und richtete etwa den schulischen Bildungskanon auf die Erzählung vom ewigen und großartigen Russischen Großreich aus. Mit der gewaltsamen Ausschaltung jeglicher Opposition, der Gleichschaltung der Medien und der Militarisierung der Gesellschaft sicherte er seine imperiale Politik ab.

Anastasia Tikhomirova konnte auf ein ihr – und nicht nur ihr – wichtiges Anliegen nur cursorisch eingehen, weil die verspäteten Bahnverbindungen den Abend zusammengeschrunpft hatten: Wie kann es sein, dass große Teile der sich als links verstehenden Menschen in Deutschland und Europa Geschichte und Gegenwart des russischen Imperialismus nicht sehen wollen? Die putinschen Legenden von einer Bedrohung Russlands durch die NATO würden für bare Münze genommen, die brutale und mörderische Ukraineinvasion als Selbstverteidigung deklariert und der „russische Bär“ als friedliebendes Schmusetier gepriesen. Das ist pure Ignoranz, eine ideologisch induzierte Unwilligkeit, Vorstellungen von einer einst sich revolutionär gebenden antikapitalistischen, friedliebenden und die Menschheit befreienden Großmacht zugunsten der Anerkennung historischer und gegenwärtiger Tatsachen zu kippen.

Literatur:

Relativ knapp aber erhellend: *Martin Schulze Wessel: Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irrweg der russischen Geschichte, München 2023.*

Und eine persönliche Empfehlung zum „revolutionären Russland“: *Gerd Koenen: Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, München 2017.*



Abb. 2: Jens Siegert und Dr. Eduard Klein im ZeitZentrum Zivilcourage, Foto: Anke Biedenkapp.

Mit der Frage „**Wohin treibt Russland? Szenarien für die Zeit danach**“, beschäftigten sich der Autor des so betitelten Buchs, *Jens Siegert*, im Gespräch mit *Dr. Eduard Klein* vom renommierten Osteuropa-Institut der Uni Bremen am 24. September im voll besetzten Vortragsraum des ZeitZentrums Zivilcourage. Siegert war seit den neunziger Jahren lange als Radiokorrespondent in Moskau tätig und baute dort später das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung auf, das er bis 2015 leitete. Seine vorgetragene Expertise stützte sich also auf die genaue Kenntnis russischer Politik, russischer Machtverhältnisse und gesellschaftlicher Strömungen in diesem Land. Ihn leitete die fragende These, was dafürspreche, dass sich die russische Gesellschaft ändere und damit auch die imperiale Machtpolitik dieses Landes. Eine Illusion sei es, Russland von außen eindämmen zu können. Dies Land war, ist und bleibt ein wichtiger weltpolitischer Akteur und so sei es geboten, sich ein realistisches Bild von der Gesellschaft und ihrem Führer Putin zu machen. Putin kam zu einem Zeitpunkt an die Macht, als das Land nach den gesellschaftlichen Wirren im Zuge der Auflösung der Sowjetunion – von vielen als Zerfall begriffen – eine seit fast zehn Jahren anhaltende dramatischen Wirtschaftskrise 1998 dramatisch eskaliert war. Der Staatsapparat

war in weiten Teilen handlungsschwach, mafiös organisierte Raubkapitalgruppen hatten Wirtschaft und Gesellschaft destabilisiert. Große Teile der Bevölkerung waren verarmt und lebten vom Ertrag ihrer Datschen. War für die nach 1990 neu entstandenen Republiken der Austritt aus der Sowjetunion ein Akt der Befreiung, wurde dieser Prozess in Russland als ein Zerfall, der Demütigung, der „großen Kränkung“, wahrgenommen. Putin verstand es, gestützt auf treue Seilschaften aus den Geheimdienstapparaten, den Staatsapparat zu konsolidieren, damit „innere Feinde“ auszuschalten und sich per Wahl Legitimation zu verschaffen. Weite Teile der russischen Gesellschaft hatte die Freiheitsgewinne in der Periode der Perestroika zu schätzen gelernt, doch die wirtschaftlichen Einbrüche lasteten schwer. Mit dem steilen Anstieg der Öl- und Gaspreise auf dem Weltmarkt und der gleichzeitigen Übernahme staatlicher Kontrolle über die Extraktionsindustrien konnte das Regime die Wirtschaft stabilisieren. „Putin zahlte Löhne und schaffte die Freiheiten ab“, so eine prägnante Beschreibung der Verhältnisse nach der Jahrtausendwende. Und – er führte sofort einen grausamen Krieg gegen Tschetschenien, nachdem Jelzins Krieg gegen diese Kaukasusregion gescheitert war. Mit der Unterwerfung der Tschetschenen, später mit dem Krieg gegen Georgien und der militärischen Einmischung in Aserbeidschan verschaffte sich Putin den Ruf, den Karren aus dem Dreck ziehen zu können. Gewählt wurde noch, die Duma bestand weiterhin, doch die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte wurden Stück für Stück eingeschränkt. Dies erst recht, als es wegen der Wahlmanipulationen 2011/12 überall im Land heftige Protest gab. Kurzum: Formale Wahlen, ob zur Präsidentschaft oder zum Parlament, sollte demokratische Legitimation spiegeln, während die entscheidenden Machtzentren inklusive der Medien einer stetig engeren Kontrolle des Kremls unterworfen waren. Es fanden sich – das ist in jeder Diktatur oder autoritärem System so – genug, die mitmachten. Und wer sich verweigerte, hatte härteste Repression oder auch den Tod zu erwarten.

Heute, so das von Russlandkennern ziemlich einhellig geteilte Bild, hat sich diese Gesellschaft im Wesentlichen mit dem politischen Zustand des Landes abgefunden. Eine Mehrheit steht hinter dem Regime, eine Minderheit von etwa zwanzig Prozent murrte hinter vorgehaltener Hand, die wenigen Oppositionellen sind kaltgestellt, in Haft oder sind geflohen. So lautet denn Siegerts Einschätzung und Prognose: Auch wenn man einer Gesellschaft nie die Fähigkeit, sich zu ändern absprechen soll, sehe er keine systemgefährdenden Spannungen und Risse im Machtapparat und in der Gesellschaft. Prigoschins abgebrochener Marsch auf Moskau etwa, sei auch kein Putschversuch, sondern eine militante Bitte um Gehör gewesen. Keiner wisse, was nach Putin käme. Man müsse sich also, da waren sich in der anschließenden Debatte die Vortragenden mit dem Publikum einig, auf Beobachtung und möglichst genaue Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse konzentrieren, um weiteren Aggressionen begegnen zu können.

Jens Siegert: Wohin treibt Russland? Szenarien für die Zeit danach. ISBN 978-3-7776-3489-0, 210 Seiten; 24 Euro

„NICE TO HAVE – MENSCHENRECHTE“ – Eine Empfehlung!

Von Manfred Wassmann

Am Samstagabend, 20. September habe ich die open-air-Ausstellung „1m² Menschenrecht - Installation mit Bildern von Wolf Böwig“ (30. August bis 28. September) an der Bethlehemkirche in Linden besucht. In deren Rahmen fand ein Lese-Abend mit Kersten Flenter und Henning Chadde statt: „NICE TO HAVE – MENSCHENRECHTE“.

Zitat aus der Veranstaltungsankündigung: „Gemeinsam begeben sich die Autoren Kersten Flenter und Henning Chadde auf eine intensive, literarische Recherche in die Randgebiete ihrer ganz persönlichen Konflikt- und Komfortzonen. Wo endet emotional handelsübliche Betroffenheit und beginnt der Schritt zu ehrlicher Anteilnahme und Engagement? Wo liegen eigene Fehler und Nachlässigkeiten, zum Beispiel in achtlosem, ausbeuterischem Konsumverhalten? Und wie kann eine linke und liberal-solidarische Haltung heute nachhaltig aussehen? Was kann sie bewirken? Als Mensch, als Künstler?“³



Abb. 1: Henning Chadde während der Veranstaltung "Nice to have - Menschenrechte"; ©MachtWorte.



Abb. 2: Kersten Flenter während der Veranstaltung "Nice to have - Menschenrechte"; ©MachtWorte.

Das Programm ist (noch) nicht für weitere Termine vorgesehen. Deshalb möchte ich dieses für weitere Veranstaltungen, wie Lese- und Diskussionsveranstaltungen, empfehlen. Auch die Autoren sind sehr daran interessiert. Wie es weitergehen kann liegt ihnen sehr am Herzen.

In unserer mehr als aufgewühlten und aufwühlenden Zeit helfen die Texte der Autoren, zu einer (politischen) Haltung zu finden. Zum Beispiel: Was tun gegen die AfD!? Die Texte sprechen mehr an als politische Vorträge und treffen den Punkt. Das Programm gibt keine Antworten, aber es fordert auf, sie selbst zu suchen, eigene Lähmung/ Untätigkeit zu überwinden, aktiv zu werden. Genau das was wir in dieser Zeit brauchen!

Nehmt gerne Kontakt mit den Autoren auf:

Henning Chadde, Mobil 0176 / 921 019 68

Mail: henningchadde@langeleine.de

³ [Hier](#) geht es zum vollständigen Exposé der Veranstaltung.

Das „Rothschild & Rose Forum“ in Gailhof (Wedemark)

Von Karolin Quambusch

Am 29.08. war das Netzwerk zu Gast im *Jugend-, Gäste- und Seminarhaus Gailhof (JuGS)* in der Wedemark. Im Rahmen einer Erinnerungsveranstaltung mit Gästen aus Politik und Erinnerungskultur wurde dort feierlich das „*Rothschild & Rose Forum*“ eingeweiht. Mit dieser Widmung macht die Region Hannover, als Träger der Einrichtung, die jüdische Geschichte des Hauses sichtbar. Dem Vernetzungsgedanken folgend, hatte Nina Krüger, Teamleiterin im Fachbereich Jugend der Region Hannover, das Netzwerk Erinnerung und Zukunft angefragt, sich an der feierlichen Eröffnung des „*Rothschild und Rose Forums*“ zu beteiligen. Neben den Reden von Bürgermeister Helge Zychlinski, Dr. Andrea Hanke, Dezernentin für Soziales, Teilhabe, Familie und Jugend der Region Hannover, der Historikerin Dr. Sabine Paehr und Anke Biedenkapp von Global Partnership Hannover, stellte auch das Netzwerk Erinnerung und Zukunft seine Arbeit vor. Die Veranstaltung und Einweihung des Forums ist Ergebnis eines schon im Jahr 2014 begonnenen Forschungsvorhabens.

Im April 2014 startete das von Bürgermeister Helge Zychlinski in Leben gerufene Projekt „*Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950*“. Es sollte vor allem bestehende Forschungslücken über die Zeit des Nationalsozialismus in der Wedemark schließen und die Ergebnisse in der lokalen Erinnerungskultur sichtbar machen. Im Zentrum der Forschung stand der Nationalsozialismus in seinen lokalen Auswirkungen, unter besonderer Berücksichtigung Verfolgter und Opfergruppen. Unterstützt wurde das Projekt von Dr. Franz Rainer Enste⁴, als Projektkoordinator, und Prof. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer. Gemeinsam entwickelten sie einen Leitfaden für die wissenschaftliche Durchführung. Für die Forschung waren unter anderem die Historikerinnen Sabine Paehr und Christiane Schröder verantwortlich. Neben Historikerinnen und Historikern waren auch Schülerinnen und Schüler aus der Wedemark, im Rahmen von Mikroforschungen, an dem Projekt beteiligt. 2016 wurden die Ergebnisse in dem zweibändigen Werk „*Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950*“⁵ veröffentlicht.⁶

Mit der jüdischen Geschichte des heutigen Jugendgästehauses in Gailhof beschäftigten sich Schülerinnen und Schüler eines Geschichtsleistungskurses des Gymnasiums Mellendorf. Das



Abb. 1: Rothschild und Rose Forum nach der offiziellen Eröffnung, Foto: Karolin Quambusch

⁴ Dr. Franz Rainer Enste war der erste (ehrenamtlicher) Antisemitismusbeauftragter des Landes Niedersachsen

⁵ Gemeinde Wedemark, „Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950“, Wedemark 2016

⁶ An dieser Stelle konnten nur einige am Projekt beteiligte Personen und Institutionen genannt werden. Für eine detaillierte Ausführung: Stöber, Martin: Zur Einführung, in: Gemeinde Wedemark, „Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950“, Band 1 „Verfolgung und Zwangsarbeit in der NS-Zeit“, Wedemark 2016, S.5-11.

Grundstück des heutigen Jugendgästehauses Gailhof gehörte seit 1931⁷ jeweils zur Hälfte den gutsituierten jüdischen Geschäftsleuten Max Rothschild und Alfred Rose. Gemeinsam führten sie in Hannover einen Verlag und lebten mit ihren Familien in der Stadt. Das Grundstück in Gailhof diente als Zweitwohnsitz. Max Rothschild und Alfred Rose wanderten 1939 aus. Sie überlebten den Holocaust im Ausland. Im gleichen Jahr verkauften sie das Grundstück in Gailhof weit unter Wert. 1950 wurde das Grundstück an die Max Rothschild und Alfred Rose rückübertragen. Diese wiederum, inzwischen beide in den USA beheimatet, verkauften es 1951 an den Landkreis Hannover.⁸

Heute ist das „JuGS“ ein beliebtes Gäste- und Seminarhaus für junge Menschen. Gleichzeitig befindet sich auf dem Gelände seit einigen Jahren eine Unterkunft für unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Mit der Einweihung des „Rothschild und Rose Forum“ macht die Region Hannover Gäste des Hauses direkt mit der Ankunft auf die Geschichte des Ortes aufmerksam. Darüber hinaus sorgen eine „ActionBound“-Route, ein Ruheort mit Erinnerungstafel am historischen Wohnhaus der Familien Rose und Rothschild sowie QR-Codes für vertiefende Informationen und fördern die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes.



Abb. 2: Helge Zychlinski und Dr. Andrea Hanke enthüllen das neue Forum, Foto: Karolin Quambusch

Die Geschichte des Nationalsozialismus im ländlichen Raum ist bis heute wenig erforscht. Das Forschungsprojekt in der Wedemark zeigt, wie stark der Nationalsozialismus auch auf den ländlichen Raum einwirkte und bildet die Grundlage für eine angemessene Aufarbeitung. Die Wedemark hat mit der Durchführung des Projekts ein wichtiges Zeichen gesetzt und mit dem „JuGS“ einen zentralen Ort, der sich optimal für historisch-politische Bildungsarbeit eignet.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Mitwirkung an einer gelungenen Erinnerungsveranstaltung und freuen uns sehr über den neuen Kontakt in die Region sowie die Aussicht in Zukunft gemeinsam mit dem Team des Jugendgästehauses Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit zu leisten.

Weiterführende Links und Literatur:

Veranstaltungsbericht: [Das neue Rothschild & Rose Forum Jugend- und Gästehaus Gailhof](#)

[Band 1 \(Verfolgung und Zwangsarbeit in der NS-Zeit\) der Publikation „Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950“](#), kann kostenlos heruntergeladen werden.

⁷ Wahrscheinlich hatten sie das Grundstück schon 1931 übernommen, wenngleich ein erster exakter Nachweis erst vom 3. August 1936 stammt. Im Grundbuch der Gemeinde Gailhof wurden – ohne Datumsangaben – zunächst „Der Schneidermeister Verlag GmbH“, später dann Max Rothschild und Alfred Rose eingetragen.

⁸ Sabine Paehr: „Verfolgung während der NS-Zeit – Strukturen und Schicksale in den vormals selbständigen Gemeinden der Wedemark“, in: Gemeinde Wedemark, „Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950“, Band 1 „Verfolgung und Zwangsarbeit in der NS-Zeit“, Wedemark 2016, S.13-64.

Traditionelle Gedenkstättenfahrradtour

Von Karolin Quambusch

Am 21. September fand die jährliche Gedenkstättenfahrradtour des Vereins „Gegen das Vergessen./ NS-Zwangsarbeit“ statt. Knapp 40 Personen fanden sich trotz Regenwetters für die geführte Radtour zu verschiedenen Gedenkort der Zwangsarbeit in Hannover an der Haltestelle Friedenauerstraße (Schulenburger Landstraße) in Hannover Nord ein. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Vorsitzenden des Vereins – Petra Beitlich und Reinhard Schwitzer – begann die rund 20 Kilometer lange Radtour.



Abb. 1 und 2: Stehle zur Erinnerung an das Frauenkonzentrationslager Langenhagen, Hackethalstraße, Foto: Karolin Quambusch

Angeführt von Tim Rademacher fuhr die Gruppe zum ersten Gedenkort am Brinker Hafen an der Haltestelle Wohlenbergstraße. Mitten im menschenleeren Industriegebiet befindet sich eine Stehle zur Erinnerung an das Frauenkonzentrationslager Langenhagen. Die 2003 auf Initiative der Stadt und IG Metall aufgestellte und von der Firma Thyssenkrupp Stahlbau GmbH erstellte Steinsäule markiert die Stelle des Eingangs zum – im Oktober 1944 für 500 überwiegend polnische Frauen eingerichteten – Konzentrationslager. Die Frauen arbeiteten unter anderem im Brinker Eisenwerk und wurden dort in der Rüstungsproduktion sowie der Demontage von Flugzeugen eingesetzt. Das KZ wurde bei Luftangriffen am 6. Januar 1945 zerstört.

Weiter ging es nach Godshorn, wo wir einen kurzen Halt vor der Adolf-Reichwein-Schule einlegten. Der Namensgeber war Reformpädagoge und Kulturpolitiker und gehörte zum Widerstandskreis gegen Hitler. Er wurde 1944 von der Gestapo verhaftet und am 20. Oktober desselben Jahres in Plötzensee ermordet. Die Schule scheint dieser Geschichte ihres

Namensgebers wenig Beachtung zu schenken. Weder auf der Website der Schule noch auf dem Schulgelände wird auf die Rolle Adolf Reichweins im Widerstand gegen das NS-Regime oder seine Ermordung hingewiesen. Zu Hannover hatte Reichwein (offenbar) keinen direkten Bezug. Ein Hinweis auf Reichweins Bedeutung als Reformpädagoge auf der Schulwebsite lässt vermuten, dass diese auch der Grund für die Namensgebung war.⁹



Abb. 3 und 4: Gedenk- und Informationstafel im Zentrum von Godshorn, Foto: Karolin Quambusch

Am Le-Trait-Platz in Godshorn begrüßte uns der ehemalige Godshorner Oberbürgermeister Willi Minne. Minne ist vor kurzem für seine langjährigen Verdienste in der Kommunalpolitik zum Ehrenortsbürgermeister ernannt worden. Er ist erst der zweite Niedersachsen, der eine solche Ehrung erhalten hat.¹⁰ So ließ er es sich auch nicht nehmen, selbst von der Erinnerungsarbeit in Godshorn zu berichten. Auf dem Le-Trait-Platz erinnert eine Tafel an den Einsatz von etwa 60.000 vor allem osteuropäischer Zwangsarbeiter*innen in Hannovers Stadtgebiet und die Orte der Zwangsarbeit in Godshorn und Umgebung.¹¹ Einer davon war das Fremd- und Zwangsarbeiterlager Schulenburger Mühle in dem etwa 3.000 Zwangsarbeiter*innen untergebracht waren (Eine Informationstafel zum gesamten Lagerkomplex befindet sich an der Berliner Straße / Ecke Hannoversche Straße). In vier der 36 Holzbaracken wurde im August 1943 ein „Ausländerwöchnerinnenheim“ eingerichtet. Alle Zwangs- und Fremdarbeiterinnen aus der Stadt und dem Landkreis Hannover sollten hier ihre Kinder entbinden. Die Frauen mussten schon kurz nach der Entbindung wieder Zwangsarbeit leisten. Wenngleich das vorherige Wöchnerinnenlager an der Wettbergener Mühle aufgrund der unerträglichen Verhältnisse geschlossen wurde, waren die Zustände im Folgelager keinesfalls besser. Bekannt sind lediglich die Namen von 293 Kleinkindern, die hier ums Leben gekommen sind. Sie sind auf dem Stadtfriedhof Seelhorst zusammen mit mehreren hundert namenlosen Kindern von Zwangsarbeiterinnen begraben. Direkt am ehemaligen

⁹ <https://www.adolf-reichwein-schule-langenhagen.de/das-sind-wir/> (Stand 8.10.2025)

¹⁰ Hannoversche Allgemeine Zeitung: Stephan Hartung „Willi Minne wird Langenhagens erster Ehrenortsbürgermeister“, 05.04.2025.

¹¹ Die Texte für die Tafel wurden vom Verein „Gegen das Vergessen ./ NS-Zwangsarbeit“ verfasst.

Standort der vier Baracken des „Ausländerwöchnerinnenheims“ wurde ein Mahnmal errichtet. Die vom Künstler und Steinmetz Uwe Spiekermann erstellte Stehle weist auf der Vorderseiten einen Bruch auf. Das dort eingesetzte Element soll eine Kinderwiege darstellen.



Abb. 5: Stehle bei ehem. Günther Wagner Verpackungswerken, Brink-Hafen; Foto: Karolin Quambusch

Abb. 6: Stehle am „Ausländerwöchnerinnenheims“, Foto: Karolin Quambusch

Weiter ging es zur Hansasträße am Nordhafen. Hier erinnert eine – ähnlich wie am Brinker Hafen – gestaltete Stehle an die Zwangsarbeit bei den Günther Wagner Verpackungswerken. Auch hier steht eine Hälfte der Installation im öffentlichen Raum und die andere auf dem Gelände der Firma Silgan. Obwohl die Firma Silgan nicht Rechtsnachfolger der Verpackungswerke ist, konnte der Verein „*gegen das Vergessen ./. NS-Zwangsarbeit*“ das Unternehmen von der gemeinsamen Errichtung des Mahnmals überzeugen, das dann sogar von Auszubildenden des Unternehmens gefertigt wurde. Bei den Günther Wagner Verpackungswerken arbeiteten etwa 2.000 Zwangsarbeiterinnen. Das Zwangsarbeiterlager umfasste auch ein „Arbeitserziehungslager“ sowie ein von der Firma zusätzlich eingerichtetes „Ausländerwöchnerinnenheim“, das den Verlust von Arbeitskraft möglichst gering halten sollte.

Auf dem letzten Streckenabschnitt machten Regen und starker Wind das Fahren im Verbund¹² zunehmend schwieriger. So machte sich, im Angesicht der B6, in vielen Gesichtern Erleichterung breit, denn nun war der größte Teil der Strecke geschafft. Am Wissenschaftspark in Marienwerder angekommen machten wir einen kurzen Halt an der städtischen Erinnerungstafel über das ehemalige Zwangsarbeiter*innenlager der Accumulatoren-Fabrik – und späteren Flüchtlingslager. In unmittelbarer Nähe zur Tafel sind noch die Fundamente zweier Baracken zu sehen. Ab Sommer 1943 setzte die Accumulatoren-Fabrik neben Zwangsarbeiter*innen auch KZ-Häftlinge ein.

¹² Gut zu wissen, auch für Autofahrer*innen: Ist eine große Gruppe mit dem Fahrrad unterwegs und die Spitze des Verbunds überquert eine Straße bei grüner Ampel, darf der gesamte Verbund folgen, auch, wenn die Ampel währenddessen auf ROT umschaltet!

Auf Initiative der AG KZ-Stöcken wurde das sich in städtischer Hand befindliche Gelände unter Denkmalschutz gestellt. 2024 begann die Stadt Hannover mit der Umgestaltung des Geländes und Einrichtung eines Rundwegs, der am 8. Mai dieses Jahres eröffnet werden konnte. Aufgrund der Schwermetallbelastung aus der Batterieproduktion war das Gelände lange nicht zugänglich. Einen Einblick in die Geschichte des Geländes vom Zwangsarbeiter*innenlager bis zur Errichtung des Rundweges im Kontext des gesamtdeutschen Umgangs mit der Geschichte des Nationalsozialismus gewährte uns Hans Jürgen Hoffmann von der AG KZ-Stöcken in seiner Führung über das Gelände.

Ihr offizielles Ende fand die Gedenkstättenfahrradtour am Mahnmal für das KZ-Stöcken an der Garbsener Landstraße, bevor es für einige Teilnehmer*innen zum Ausklang noch weiter in die „Finca & Bar Celona“ ging. Das dort von Hans-Jürgen Breuste errichtete Mahnmal für das KZ-Stöcken wurde schon 1987 von der Stadt Hannover in Anwesenheit ehemaliger Häftlinge eingeweiht.



Abb. 7 und 8: Auf dem Gelände des ehem. KZ-Stöcken, Fotos: Karolin Quambusch

Die Gedenkstättenfahrradtour ist für die vielen dezentralen und meist kleine Gedenk- und Informationsorte ein geeignetes Format, das mehr Sichtbarkeit verschafft. Als Teilnehmerin der Fahrradtour bedanke ich mich deshalb beim Verein „Gegen das Vergessen ./. NS-Zwangsarbeit“ für die Entwicklung der Gedenkstättenfahrradtouren und die Möglichkeit auch einmal an einer begleiteten Tour teilzunehmen.

Die Flyer mit Karte, Wegbeschreibung und Information zu jeder Station sind online auf der [Website](#) des Vereins oder auch – in Flyerform – im NetzWerkRaum erhältlich. Neben den Touren „Nord“, „Mitte-Süd“ und „Süd-West“ jetzt NEU: „Spurensuche in Linden-Limmer-Ahlem“.



Abb. 9 und 10: Das Gelände des ehem. KZ-Stöcken; Fotos: Karolin Quambusch

Mit dem Förderverein der Gedenkstätte Ahlem auf den Spuren jüdischer Hannoveraner*innen in Riga.

Eine Reise mit langer Vorgeschichte und intensiven Nachwirkungen

Von Anke Biedenkapp

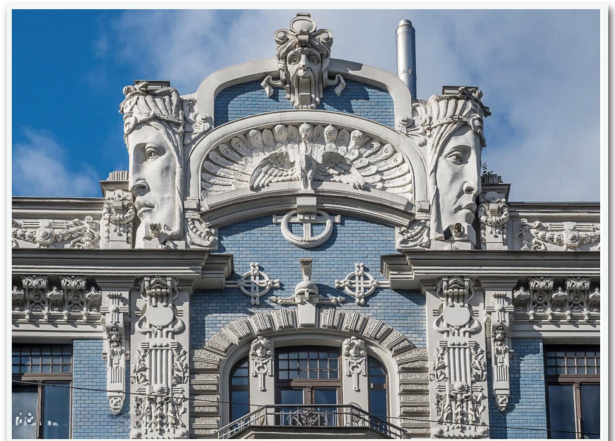
Mit der Gründung von Stattdessen Hannover 1990 begann ich die verschiedensten Facetten und Epochen der Stadt zu erkunden – nicht zuletzt das jüdische Leben in Nationalsozialistischer Zeit. „Hannover unterm Hakenkreuz“ gehörte zu den ersten Stadtpaziergängen, die wir seinerzeit entwickelten. Damit einher ging die Teilnahme an

Gedenkveranstaltungen, in denen der Opfer dieses Terrorregimes gedacht wurde. Entsprechend ist der 15. Dezember ein fester Termin in meinem Kalender: An jenem Tag im Jahr 1941 waren 1001 Jüd*innen von Hannover nach Riga deportiert worden.

Meine Vorstellung von diesem grauenhaften Ereignis ist seitdem untrennbar mit der feuchtkalten Jahreszeit verbunden – sowie den zahlreichen Schwarz-Weiß-Fotografien, die es von Deportationszügen und -zielen gibt. Die jüngst zu Ende gegangene Reise des Fördervereins der Gedenkstätte Ahlem in die lettische Hauptstadt hat meinem bislang eher vagen Wissen zahlreiche neue Bilder und Erkenntnisse hinzugefügt.

Um mich langsam auf den Ort, der für viele zur Endstation wurde, einzustimmen, näherte ich mich dem Ziel mit Bus und Bahn. Ich kam in den frühen Morgenstunden an, stärkte mich zunächst in den historischen Markthallen und verschaffte mir einen ersten Eindruck von der Stadt. Anschließend besuchte ich das in der Nähe befindliche Freiluftmuseum: Das malerisch gestaltete Abbild einer längst vergangenen Zeit mitten im Wald an einem idyllischen See. Es weckte angenehme Erinnerung an meine Kindheit auf dem Dorf, an die Selbstverständlichkeit einfachster Lebensbedingungen für meine Großeltern – und an die Enge der damit verbundenen Sozialstrukturen.

Nachmittags dann das Kontrastprogramm: Zusammen mit den anderen – inzwischen per Flieger eingetroffenen – Exkursionsteilnehmer*innen wurde ich an die baulichen Höhepunkte des lokalen Jugendstils und an das *Savoir vivre* der wohlhabenden baltischen Gesellschaft jener Epoche herangeführt.





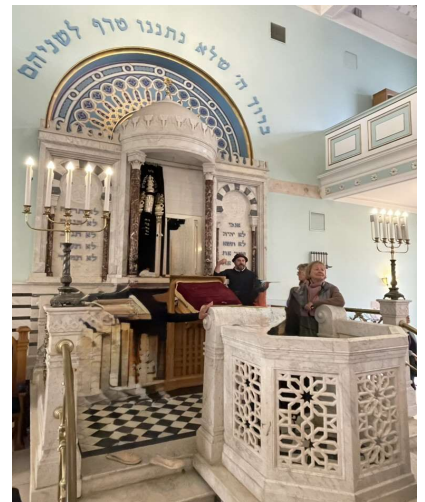
Die folgenden drei Tage standen indes ganz im Zeichen der Schattenseiten des 20. Jahrhunderts: Im Lettischen Okkupationsmuseum erfuhren wir detailreich von dem Leid, das der jungen Nation durch die Dreifachbesetzung (Sowjets 1940, Nazis 1941, Sowjets ab 1944) widerfahren war – insbesondere den hier lebenden Deutsch-Balten und Jüd*innen.

Die (Leidens-)Geschichte von Letzteren erforscht seit vielen Jahren Mārgers Vestermanis. Gita Umanovska, Sprecherin der jüdischen Gemeinde, berichtete anschaulich, wie es dem – nun 100jährigen – Nachkommen einer deutschsprachigen jüdischen Familie gelang, auf einem Todesmarsch dem NS-Martyrium zu entkommen und in den Wäldern Kurlands zu überleben. Nach dem Krieg studierte er Geschichte, konnte aber erst nach dem Zerfall der Sowjetunion ohne ideologische Auflagen publizieren und – im jüdischen Gemeindezentrum – das Museum der "Juden in Lettland" gründen.

Der nächste Tag war ebenfalls geprägt vom einstigen Leben der lettischen Juden – vor allem aber davon, wie es in Riga endete. Wir starteten in der Peitav Synagoge. Noach Berson gab außerordentlich eloquent Einblicke in das damalige Gemeindeleben sowie die Entstehungsgeschichte des Gebäudes in einem nicht-jüdischen Umfeld – und warum es unbeschadet die NS-Pogrome überstand.

Dramatischer waren die Berichte und Bilder von den Lebensbedingungen im Rigaer Ghetto, wo die jüdischen Einwohner*innen zusammengedrängt und gequält worden waren – bevor sie zu den Hinrichtungsplätzen vor den Toren der Stadt getrieben wurden, um den aus dem Reich kommenden Jüd*innen Platz zu machen: Deren Lebensweg endete zeitversetzt genauso schrecklich.

Auch der aufgelassene jüdische Friedhof und die Überreste der Choral-Synagoge sind steinerne Zeugen dieser martialischen Epoche. Ersterer, das „Haus der Ewigkeit“ in der Lettgallischen Vorstadt, wurde in sowjetischer Zeit seiner Grabsteine entledigt und in einen Park verwandelt. Die Benennung „Alter jüdischer Friedhof“ und die Installation eines Denkmals erfolgte erst nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands 1990. Das Bethaus war bereits am 4. Juli 1941 zur Todesfalle für etwa dreihundert Menschen geworden; als unter dem Kommando des lettischen SS-Offiziers Viktors Arājs Türen und Fenster vernagelt, das Gebäude mit Benzin übergossen und schließlich niedergebrannt wurde.



**RĪGAS GETO
UN LATVIJAS HOLOKAUSTA
MUZEJS**





Aber es gab auch Lichtblicke in diesen düsteren Jahren: Nachdem der Schaueremann Žanis Lipke im Juli 1941 Zeuge geworden war, wie Nationalsozialisten die lettischen Juden misshandelten, wechselte er zur deutschen Luftwaffe. Als Lagerarbeiter gelang es ihm, über 50 jüdische Zwangsarbeiter aus dem Ghetto zu schmuggeln. Gemeinsam mit seinen beiden Söhnen, seiner Frau Johanna und etwa 25 Helfer*innen versteckte er sie unter seinem sowie anderen Rigaer Häusern und bewahrte sie bis zum Einmarsch der Roten Armee im Oktober 1944 vor der Ermordung durch die Nazis. Der Staat Israel würdigte Lipke 1977 als „Gerechten unter den Völkern“.

Am nächsten Tag begaben wir uns zu den nahe gelegenen Endstationen jüdischen Lebens; zunächst dem ehemaligen Polizeigefängnis und Arbeitserziehungslager, Salaspils (Kurtenhof), wo mindestens 12.000 Menschen inhaftiert waren und schätzungsweise 3.000 von ihnen umkamen. Nach dem Krieg wurde das Gelände zuerst als Teil eines Truppenübungsplatzes genutzt, bevor 1967 eine weitläufige Gedenkstätte im sowjetischen Stil entstand; ergänzt durch eine detailreiche – 2017 überarbeitete – Ausstellung.



In der Nähe der Bahnstation Rumbula stellte sich das Grauen ganz anders dar: Wir erblickten ein hügeliges Waldstück, wo zwischen den Bäumen aus kleinen Granitblöcken ein riesiger Davidstern geformt ist, aus dessen Mitte sich eine stilisierte Metall-Menora erhebt. Zwei



Gedenksteine erinnern an 25.500 lettische und 1.000 Berliner Juden, die hier im November und Dezember 1941 ein grausames Ende fanden: Sie hatten sich in die zuvor von sowjetischen Kriegsgefangenen ausgehobenen Gruben, zu positionieren – nebeneinander und mit dem Gesicht nach unten, um dann aus kurzer Entfernung erschossen zu werden. Die nachfolgenden Opfer mussten sich auf die Getöteten legen. Als im Frühjahr 1944 die Rote Armee auf das Baltikum vorrückte, wurden alle Massen-

gräber ausgehoben, die Leichen auf großen Eisenbahnschienen verbrannt, die Aschereste noch einmal durch eine Knochenmühle gejagt und anschließend in die Düna geworfen.

Der nachfolgende Halt am Bahnhof Skirotava war kurz, aber trotzdem erschütternd: Er diente als Ausgangs- und Endpunkt zahlreicher Deportationen. Während der nationalsozialistischen Besatzung war er Zielort für die Jüd*innen aus dem „Großdeutschen Reich“, die für das Ghetto Riga bestimmt waren. Manche Alten und Kranken wurden allerdings sofort am Bahnhof ermordet und in drei Massengräbern verscharrt, über die die Nationalsozialisten dann ein Eisenbahngleis verlegten. Vor und nach der NS-Zeit erfolgte von hier aus der Abtransport von etwa 60.000 Lett*innen in sowjetische Gulags.

Im Wald von Bikernieki befand sich unsere letzte Station auf den Spuren der NS-Gräuel: Hier wurden in den Jahren 1941 bis 1945 rund 35.000 deutsche und lettische Jüd*innen von

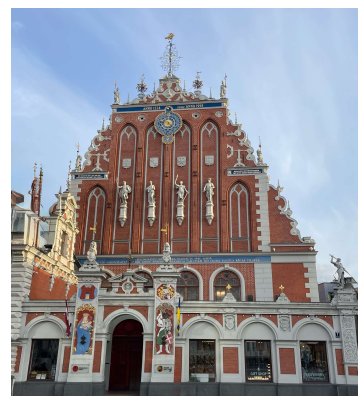


Nationalsozialisten erschossen, erschlagen und in Massengräbern verscharrt. Zahlreiche Hügel sind stumme Überbleibsel jener schrecklichen Zeit. Schlichte Stelen mit entsprechenden Symbolen verdeutlichen, dass sich auch andere Konfessionsangehörige unter den Opfern befanden, während um das zentrale Monument herum gravierte Steine auf die Herkunftsgebiete der Ermordeten verweisen und Schautafeln die wichtigsten Details

erläutern. Wie an den vorangegangenen Tagen und Stationen schien die Sonne und bildete gemeinsam mit dem bunten Herbstwald einen irrealen Kontrast zu den unfassbar brutalen Geschehnissen. Aber das schöne Wetter veranlasste auch zum längeren Verweilen und gemeinsamen Nachdenken. Die immer wiederkehrenden Fragen waren: Warum begehen Menschen solche Grausamkeiten? Warum haben so viele weggeschaut oder sind sogar zu Mitläufer*innen geworden? Warum haben die Opfer so wenig Widerstand geleistet, gerade in dieser letzten Phase als sie nichts mehr zu verlieren hatten?

Antworten darauf bietet die Fachliteratur zuhauf. Aber es ist immer wieder gut, wenn solche Fragen individuell gestellt werden; denn im Idealfall sind sie Ausgangspunkt für individuelle Selbstwirksamkeit und gesellschaftliches Empowerment.

Am letzten Tag unseres Aufenthaltes weitete sich der Blick auf die lettische Hauptstadt: Wir unternahmen einen Spaziergang durch Riga und lernten die touristischen Sehenswürdigkeiten kennen, die in verschiedenen Epochen entstanden waren: Hanseatische Speicherhäuser, den Dom mit der berühmten Orgel, die Petrikirche mit dem Aussichtsturm, das Schwarzhäupterhaus und andere Gildegebäude, die „Drei Brüder“, das Parlament...



Der programmfreie Nachmittag eröffnete schließlich noch die Möglichkeit für einen Halbtagsbesuch der nahe liegenden Ostseeküste.

Für mich folgte erneut eine 21stündige Reise mit Bus und Bahn – ideale Rahmenbedingungen, um das Erlebte vor der Rückkehr in den Alltag nachwirken zu lassen und Überlegungen anzustellen, welche Auswirkungen sie auf meine eigenen Handlungsparameter haben sollen.



Kritischer Blick auf das Franquistische Spanien

Von Anke Biedenkapp

Anlässlich ihres 25jährigen Bestehens hatte die Deutsch-Spanische Gesellschaft Niedersachsens/DSGN jüngst nicht nur in die eigene Entstehungsgeschichte zurückgeblickt, sondern mehr noch in jene Zeit als sogenannte *Gastarbeiter* aus Spanien nach Hannover bzw. in die Bundesrepublik kamen. Für das Francoregime war der wachsende Bedarf an Arbeitskräften im Norden Europas eine gute Gelegenheit, sich – mit Unterzeichnung des Anwerbeverfahrens am 29. März 1960 – des kritischen Potentials zu entledigen, das die zahlreichen Arbeitslosen im Lande darstellten. Die finanzielle Unterstützung ihrer zurückgebliebenen Familienangehörigen zog auch einen gesellschaftlichen Benefit nach sich: Die gestärkte Kaufkraft wirkte sich positiv auf die allgemeine Stimmung aus.



Damit war der Unzufriedenheit mit der franquistischen Diktatur aber nicht der Boden entzogen. Denn gegen politische Gegner*innen wurde weiterhin hart durchgegriffen, v.a. wenn sie sich öffentlich positionierten. In diesem Kontext kam den muttersprachlichen Radiosendungen des Bayerischen Rundfunks auch für die spanischen Arbeitnehmer*innen eine besondere Bedeutung zu. Durch dieses Medium erfuhren die interessierten Hörer*innen aller ARD-Sendeanstalten viel über die wahren Zustände in ihrer Heimat: *„Streikende Arbeiter, geschlagene Akademiker, inhaftierte Journalisten und Priester, erschossene Oppositionelle, wirtschaftlicher Ruin jener, die sich keinen Maulkorb verpassen ließen...“*

Auch in Hannover gingen die informierten Spanier*innen – die v.a. bei Bahlsen, Hanomag und VW beschäftigt waren – zu Protesten gegen das Regime auf die Straße. Dagegen



interveniente die spanische Botschaft vehement. Sie forderte die deutschen Behörden auf, gegen die *„Verleumdungen und Beschimpfungen einer befreundeten Nation und ihres Staatsoberhauptes entsprechende Schritte zu erwägen“*. Dem daraus resultierenden Druck konnte sich der verantwortliche Redakteur Gerhard Bogner – der vor dem Hintergrund des NS-Terrors dezidiert für demokratische Grundrechte einstand und sich auf Meinungsfreiheit berief – lange entziehen; bis dann 1972 die Sendung komplett eingestellt wurde.

Eine andere spannende Facette des Spaniens jener Jahre zeigt eine aktuelle Ausstellung im Berliner Museum der Europäischen Kulturen/MEK. Unter dem Titel *„Vamos a la*

playa“ wird eindrucksvoll in Szene gesetzt, welche Bedeutung dem Tourismus unter Franco zukam: Wie im Falle des „Arbeitslosen-Exports“ eröffnete der „Import“ von Tourist*innen eine weitere wichtige Einnahmequelle für den Staat.

Und nicht nur das! Unter dem Motto „*Spain is different*“ gelang es, ein Urlaubsland zu inszenieren, das im Wesentlichen aus Sonne, Strand und Folklore bestand – und zur weltweiten Akzeptanz dieses iberischen Landes beitrug, obwohl die Diktatur erst mit dem Tod des Generalissimo im Jahre 1975 endete.

In Berlin erfolgt nun eine kreative Dekonstruktion dieses seinerzeit aufgebauten Images – mit eindrucksvollen Foto- und Video-Installationen, künstlerischen Verfremdungen von traditionellen Elementen, einem historischen Landeskundefilm aus den 50ern, sowie autobiografischen Rückblicken aus deutscher und spanischer Perspektive. Bis zum 7. Dezember besteht die Gelegenheit, sich selbst einen eigenen Eindruck davon zu verschaffen, wie gut das gelungen ist.



Impressum

Für die Inhalte der Beiträge sind die jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Das Netzwerkforum (einst Newsletter) erscheint mehrmals im Jahr als Mitteilungsblatt an Mitglieder und Interessierte des Netzwerks.

Redaktion: Karolin Quambusch (Netzwerkreferentin)

Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz,
30449 Hannover; Tel. 0511/ 67437122;

info@netzwerk-erinnerungundzukunft.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

